

Flüchtlingsarbeit – von der Sozialpsychiatrie lernen

Redaktionsmitglied Martin Osinski ist nach zwanzig Berufsjahren von der Eingliederungshilfe in die Flüchtlingsarbeit gewechselt. Einige Erkenntnisse aus der Gemeindepsychiatrie hat er mitgenommen. **VON MARTIN OSINSKI**

Der Landkreis Ostprignitz-Ruppin im Nordwesten Brandenburgs (Kfz-Kennzeichen OPR) wird von zirka 99 000 Menschen bewohnt, Tendenz sinkend. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 39 Einwohnern pro Quadratkilometer – weniger sind es nur im Nachbarkreis Prignitz und im Altmarkkreis Salzwedel. Der Ausländeranteil liegt bei zwei Prozent.

Rahmenbedingungen

Das Land Brandenburg hat die Unterbringung, Betreuung und Beratung von Asylsuchenden als »Aufgabe zur Pflichterfüllung nach Weisung« auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. Sie erhalten dafür aus der Landeskasse eine Pauschale von 9128 Euro pro Person und Jahr. Davon sind Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld, Gesundheitsleistungen, Betreuungs- und Verwaltungskosten zu bezahlen. Zusätzlich zahlt das Land eine Bewachungspauschale von 6900 Euro monatlich für jede Gemeinschaftsunterkunft, deren Bewachung von der Polizei als notwendig angesehen wird. Für die Unterbringungs- und Betreuungsbedingungen sind in einem Runderlass Mindestbedingungen festgeschrieben. Neben vielen Detailfragen wird unter anderem gefordert, dass jedem Asylbewerber sechs Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung stehen soll. Die migrationspezifische Beratung und Betreuung soll mit einem Personalschlüssel von 1:120 sichergestellt werden; dieser Wert ist jüngst auf 1:80 verbessert worden.

Kommunal statt privat

Das bundesdeutsche Verteilsystem, der ›Königsteiner Schlüssel‹, weist dem Land Brandenburg einen Anteil von 3,08 Prozent aller Asylsuchenden zu, die Deutschland erreichen. Hier werden sie zunächst in eine der zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen aufgenommen, registriert und ärztlich untersucht. Nach längstens drei Monaten erfolgt die weitere Verteilung auf die Landkreise bzw. kreisfreien Städte. Dabei gelangen 4,5 Prozent der Asylbewerber in den Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Anders ausgedrückt kommt etwa einer von tausend Asylsuchenden für die Dauer der Durchführung seines Asylverfahrens in den Landkreis.

Der Kreistag Ostprignitz-Ruppin hat 2011 zwei richtungweisende Beschlüsse gefasst. Zum einen sollte die Unterbringung, Betreuung und Beratung der Asylsuchenden nicht länger in privatwirtschaftlicher, gewinnorientierter Hand liegen. Stattdessen sollte die gemeinnützige Ruppiner Kliniken GmbH die Aufgaben übernehmen. Dieses Unternehmen befindet sich zu hundert Prozent im Besitz des Landkreises, sodass die Vergabe ohne Ausschreibung als Inhousegeschäft möglich war. Zum Zweiten formulierte der Kreistag den Auftrag, die Asylsuchenden bevorzugt in Wohnungen unterzubringen.

Auf der Grundlage dieser Entscheidungen übernahm die Ruppiner Kliniken GmbH Ende 2011 das seinerzeit einzige Wohnheim für Asylbewerber mit 130 nutzbaren Plätzen. Das stark sanierungsbedürftige Gebäude wurde mit zirka 1,8 Millionen Euro aus Kreis- und Landesmitteln instand gesetzt. Dabei wurden weitere, bis dahin baupolizeilich gesperrte Etagen aktiviert, Küchen und Sanitärräume grundsaniert und ein Teil der Doppelzimmer zu abgeschlossenen Wohnungen mit innen liegenden Küchen und Duscbädern umgebaut.

Nach diesen Baumaßnahmen standen in dem fünfgeschossigen ehemaligen Lehrlingswohnheim 208 Wohnplätze zur Verfügung, die allerdings nach kurzer Zeit schon nicht mehr ausreichten. Die seither stark steigende Zahl der Asylsuchenden hat bis Ende 2015 dazu geführt, dass fünfzehn weitere Standorte mit zirka 1200 Wohnplätzen hinzugekommen sind. Bis Ende 2016 werden rund zweitausend Plätze zur Verfügung stehen, an dann zwanzig Standorten im gesamten Kreisgebiet.

Daheim statt Heim

Bei zehn Standorten und etwa der Hälfte der Wohnplätze handelt es sich um so genannte Wohnungsverbände. Das sind ortsübliche Mietwohnungen in fußläufiger Nachbarschaft zueinander, die zwischen 70 und 240



Menschen Wohnraum im Familienverband oder in kleinen Wohngemeinschaften bieten. Eine zentral gelegene Wohnung wird als Personalstützpunkt mit Gemeinschaftsraum und Spielzimmer ausgestattet. Diese sehr empfehlenswerte Konstruktion kommt leider nur dort zustande, wo Wohnungsleerstand in entsprechender Größenordnung anzutreffen ist. Metropolregionen brauchen über ein solches Modell nicht nachzudenken. Bei uns lässt der Zuzug von Asylsuchenden die Hoffnung aufkommen, dass das mit den blühenden Landschaften doch noch werden könnte ...

Neuruppiner Impressionen



Fotos: Dörte Staudt



Frei von jeder Ironie ist jedenfalls festzuhalten, dass – wie in Kliniken, wie in der Behindertenhilfe, wie in der Pflege – ambulant besser ist als stationär. Gemeinschaftsunterkünfte schaffen mehr Probleme, als sie lösen. Das Angebot von ortsbüchlichen Wohnungen erleichtert den geflüchteten Menschen das Ankommen, ermöglicht Erholung von der anstrengenden Flucht wie auch von traumatisierenden Erlebnissen, bietet angemessene Privatsphäre und besseren Schutz für Frauen und Kinder.

Nachteile sollen nicht verschwiegen werden: Leerstand gibt es vor allem in abgelegenen Ortslagen. Der Personennahverkehr außerhalb des Schülertransports muss sich dort erst wieder etablieren. Nicht zuletzt: Die alten Plattenbauten sind sehr hellhörig. Es macht schon einen Unterschied, wenn der Wohnblock über viele Jahre zur Hälfte leer gestanden hat und jetzt fünf- bis siebenköpfige Familien einziehen. Nachtruhe, Mülltrennung, Energiesparen sind häufige Gesprächsthemen zwischen Vermietern, alten und neuen Nachbarn. Natürlich müssen Ängste und Vorurteile überwunden werden.

Jobmotor

Die adäquate Besetzung aller Unterkünfte mit Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, Heimleitungen, Wachpersonal, Hausmeistern und Reinigungskräften stellte und

stellt eine echte Herausforderung dar. Der Fachkräftemangel ist längst auch im Berliner Umland angekommen. Die Aufbruchstimmung des Jahres 2015 hat einige begeisterungsfähige Kolleginnen und Kollegen ermutigt, sich bei uns zu bewerben. Der Landkreis trägt einen Personalschlüssel von 1:70 mit, nicht erst seit das Land auf 1:80 nachgebessert hat. Das ermöglicht sinnvolle, kontinuierliche Beratung und Begleitung. Vielleicht hat sich auch herumgesprochen, wie dankbar geflüchtete Menschen für jede Unterstützung sind. Noch können wir jede Stelle besetzen.

Gute Erfahrungen machen wir mit einer Variante von »Experienced Involvement«. Menschen mit eigenem Migrationshintergrund, die als Asylsuchende in den Landkreis gekommen sind und hier zielstrebig die deutsche Sprache gelernt haben, sind eine echte Bereicherung für das Team. Unabhängig von ihrer formalen Qualifikation sind sie wegen ihrer Sprach- und Kulturkenntnisse hochgeschätzt. Sie alle erleben allerdings Rollenkonflikte, die teils sehr heftig sein können. Gestern noch Mitbewohner im Übergangwohnheim, morgen auf der Seite der Sozialarbeiter – das erzeugt nicht nur Bewunderung, sondern weckt auch Neid. Insbesondere die eigenen Landsleute stellen ihre Forderungen, nach dem Motto: »Du bist doch einer von uns, jetzt leg dich mal ins Zeug für uns ...«

Zur Personalpflege gehört das gesamte Spektrum qualitätssichernder Maßnahmen: Supervision, bezahlte Weiterbildung, Deeskalationstraining, Teambesprechungen, Teamtage. Erweiterte Führungszeugnisse werden von allen Mitarbeitenden verlangt. Wachschutzpersonal wird zudem vom Ordnungsamt mittels Abfrage beim Verfassungsschutz auf Verfassungstreue überprüft. So sollen Rechtsextremisten aus dem Bewachungsgewerbe ferngehalten werden.

»Jeder Mensch will nützlich sein«

Arbeit spielt auch für die ankommenden Menschen eine zentrale Rolle. Die große Mehrheit will zügig die deutsche Sprache erlernen und dann arbeiten oder eine Ausbildung beginnen. Es ist müßig, hier alle Hürden aufzuzählen, die das Ausländerrecht vor der Arbeitsaufnahme auf türmt. Dennoch gelingt es zunehmend, Sprachkurse frühzeitig mit Betriebspraktika zu kombinieren. Und siehe da, es geht, im Arbeitsalltag lernt es sich besser als im reinen Theorie-Deutschkurs. First place, then train – nicht neu, immer noch gültig.

Bis heute nicht gelungen ist die Etablierung von Heimbeiräten. Asylsuchende aus fünfundzwanzig verschiedenen Ländern ha-

ben sehr heterogene Ziele und Interessen. Die individuellen Unterschiede dominieren über gruppenbezogene oder gar generelle Gemeinsamkeiten. Asylsuchende verweigern sich erfolgreich der Rolle des Heimbewohners. Das ist gut so. Niemand plant freiwillig auf längere Aufenthaltsdauer, die ihm ein Engagement in einer überdauernden Beiratsstruktur sinnvoll erscheinen ließe.

Dennoch gilt in den Übergangwohnheimen und Wohnungsverbänden die altbekannte Forderung »Nicht über uns ohne uns!«. Keine Heimleitung wird gegen die ausgesprochenen oder impliziten Werte, Ziele, Haltungen der Bewohnerinnen ihre Vorstellungen durchsetzen können. Kein Heim lässt sich in eine Richtung lenken, die von den Bewohnern nicht gewünscht, nicht geteilt und dann auch nicht mitgetragen wird. Es bleibt das Problem, dass es nur wenig Gemeinsamkeit gibt, sondern ein vielköpfiges heterogenes Gegenüber. Verhandeln statt behandeln bedeutet dann für das Personal, jede und jeden gleichermaßen individuell anzusprechen.

»Bürger integrieren Bürger«

Eine unverzichtbare Ressource stellen die ehrenamtlichen Unterstützer dar, die sich an jedem Ort finden, an dem die Kreisverwaltung eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen etabliert. Willkommensinitiativen leisten einen wertvollen Beitrag zur Integration der geflüchteten Menschen. Ohne sie, oder gar gegen sie, kann Flüchtlingsarbeit nicht gelingen. Die professionellen Mitarbeitenden richten mindestens ein Drittel ihrer Arbeitsleistung an die ehrenamtlich Tätigen, bemühen sich um Koordination von Deutschkursen, Wohnpatenschaften, Hausaufgabenhilfen und Spielkreisen.

Was nicht übersehen werden darf: Ehrenamt ist unbezahlbar, aber nicht kostenfrei zu haben. Wer Zeit und Energie aufwendet, tut dies in den seltensten Fällen völlig selbstlos. Das ist auch in Ordnung, kann aber im Einzelfall problematische Ausprägungen annehmen, beispielsweise dann, wenn für übergestülpte, unverlangte oder entmündigende Hilfeleistungen Dankbarkeit erwartet wird. (Literaturhinweis: Jenny Erpenbecks »Gehen, ging, gegangen«¹ – besser lassen sich die Beziehungen zwischen geflüchteten und helfen wollenden Menschen nicht darstellen.)

(Anti-)Stigmatisierung

Vor zwanzig Jahren hatten wir einige Überzeugungsarbeit zu leisten, um chronisch psychisch kranken Menschen Zugang zum Wohnungsmarkt zu verschaffen. Vermieter

wie Nachbarn mussten davon überzeugt werden, dass von den neuen Nachbarn in der ambulant betreuten WG keine Gefahr für Leib, Leben, Hab und Gut ausgeht. Das gelang regelmäßig mit geringem Aufwand. Angst und Ablehnung waren subtil, wurden nur verschämt geäußert. Die Ressentiments ließen sich mit etwas Fingerspitzengefühl und Wissensvermittlung in leichter Sprache aus dem Weg räumen.

Im Vergleich dazu ist die Integration von Kriegsflüchtlingen und Asylsuchenden eine scheinbar endlose Ochsentour. Bald ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung verschanzt sich hinter seinen Vorurteilen – »Asylanten« sind Betrüger, Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle, basta. Kein Facebook-Gerücht über geflüchtete Menschen ist zu absurd, als dass es nicht geglaubt und weiterverbreitet würde. Der Unterschied zwischen mehr und weniger gut (aus-)gebildeten Menschen besteht allein darin, dass die reflektierteren sich stärker kontrollieren. Die Ressentiments sind die gleichen, sie werden aber nicht so offen hinausposaunt. »Aus Eritrea?! Tut mir leid, die Wohnung ist seit gestern vergeben!« Ist sie natürlich nicht, die Offerte steht auch vier Wochen später noch im Internet.

Der Flüchtlingsrat recherchiert und skandalisiert solche Diskriminierung. Die Praktikerin vor Ort wirkt innerlich und verhandelt lächelnd weiter. Wir haben viel aus den Gütersloher Veröffentlichungen zum »Ende der Veranstaltung« gelernt.² Es hilft dem Anliegen nicht weiter, wenn ich mich moralisierend über rassistisch denkende und handelnde Gemeindeglieder äußere. Jeder muss die Möglichkeit bekommen, gesichtswahrend dazuzulernen.

Antistigmaarbeit sieht ganz ähnlich aus wie im psychiatrischen Feld: Schulprojekte, Einwohnerversammlungen, Rats- und Ausschusssitzungen sind Foren, um zu informieren, zu erklären, zu motivieren, zu ermutigen ... Wirksamer als alle Theorie ist aber die emotional korrigierende Begegnung mit dem anderen Menschen. Auch deshalb ist es wichtig, einen Webfehler der Psychiatriereform zu vermeiden: die Parallelwelt des gemeindepsychiatrischen Verbundes. Konsequenz müssen bestehende Begegnungsmöglichkeiten der Gemeinde geöffnet werden, anstatt Sonderinstitutionen für Migrantinnen und Migranten danebenzusetzen.

Beliebt und immer hilfreich sind Sportvereine, Fitnesscenter, Fußballturniere, Chöre, Kochklubs, Erzählcafés, Handarbeitszirkel. Letztere besonders wichtig, um Frauen aus konservativ geprägten Familienverbänden den Zugang zu ermöglichen, ohne dass zum Beispiel der Ehemann etwas dagegen haben kann.

Zwischenbilanz

Mit ihrem programmatischen »Wir schaffen das!« hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Spätsommer 2015 einiges ausgelöst: Hoffnung bei geflüchteten Menschen, eine Welle des Empowerments und der Hilfsbereitschaft in der Zivilbevölkerung, übrigens auch Zustimmung aus dem Arbeitgeberlager, das weitsichtiger ist als das Parlament mit Vierjahreshaltbarkeit. Die Idee einer historischen Wende stand im Raum, vielleicht vergleichbar der Aufbruchstimmung 1989.

Mit Blick auf demoskopische Umfragen und unter massivem Druck von rechts wurde die Vision inzwischen aufgegeben, wurden professionelle und ehrenamtliche Flüchtlingshelfer im Regen stehen gelassen. Kein Konfliktherd, kein Fluchtgrund ist beseitigt, aber die Opfer der Konflikte werden unter Missachtung des Völkerrechts wieder am und im Mittelmeer beseitigt. Die Zahl der Menschen, die sich in Deutschland in Sicherheit bringen können, geht zurzeit fast gegen null. Schon werden erste Hilfsstrukturen mangels Auslastung infrage gestellt. Wie in Psychiatrie und Behindertenhilfe sind ambulante Strukturen leichter zu eliminieren als die Heime mit langfristiger Zweckbindung.

Praktisch das gesamte so genannte demokratische Lager ist hör- und sichtbar eingeknickt und nach rechts gerückt. Das führt nun aber nicht dazu, dass besorgte Bürger und rassistische Neonazis sich zufrieden zurücklehnen. Im Gegenteil, die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte und geflüchtete Menschen steigt weiter. Die Tür wurde einen Spalt geöffnet – jetzt geht sie nicht mehr zu. Inzwischen warnt selbst das Bundeskriminalamt vor einem »Klima der Angst«.³ Befürchtet werden Todesopfer unter den Schutzsuchenden Flüchtlingen wie auch Gewalttaten gegen deutsche Flüchtlingshelfer, Politiker und Journalisten. Damit wären wir zurück in den Neunzigerjahren – Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen. Hätte, hätte, Fahrradkette – schaffen täten wir's schon, wenn man uns lassen ließe. ■

Anmerkungen:

1 Erpenbeck, J.: Gehen, ging, gegangen. München: Knaus-Verlag, 2015.

2 Dörner, K. (Hg.): Ende der Veranstaltung. Anfänge der Psychisch-Kranken-Psychiatrie. Neumünster: Paranus-Verlag, 2015 (Neuausgabe).

3 www.sueddeutsche.de/politik/fremdenfeindlichkeit-klima-der-angst-1.2969697, 5.5.2016.